

„Wir finanzieren Leute fürs Nichtstun“

Arbeitgeberlobbyist Hans-Olaf Henkel über Arbeitsmarktpolitik, Machos in der CDU

und das Verhältnis von Gleichheit und Freiheit

— Frankfurter Rundschau: Mit der Kontroverse über Verarmung und Unterschicht entsteht der Eindruck, dieses Land befinde sich im rasanten Niedergang. Befürchten Sie verschärfte soziale Auseinandersetzungen?

Hans-Olaf Henkel: Wenn wir so weiter machen, mit Sicherheit. Die Debatte überrascht mich nicht. In der Hauptstadt ist das Problem offen zu sehen: Berlin produziert mehr Arme als Arbeitsplätze. Auf 300 000 Arbeitslose kommen 14 000 offene Stellen. An den Bahnhöfen fragen Menschen nach einem Euro, jede frisch gestrichene Fassade wird gleich mit Graffiti beschmiert. Die Frage ist: Werden München und Hamburg mal so wie Berlin, oder kriegen wir es hin, dass Berlin so wird wie München und Hamburg?

— Ist das Problem sozialer Zerklüftungen nicht vor allem eine Frage der Bildung? Während die einen partizipieren, sitzen die anderen vor dem Unterschichtenfernsehen?

Das hängt zusammen. Doch die Politiker arbeiten wieder nur Symptome, nicht Ursachen ab. Da wird zum Beispiel die Zahl der Hartz-IV-Empfänger dafür angeführt, dass wir ein Unterschichten-Problem haben. Dabei muss man klar sehen: Diese Gesellschaft ist bereits seit 20 Jahren nicht mehr in der Lage, genug Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber zu reden, Sozialleistungen zu erhöhen oder aber noch mehr Druck auf Arbeitslose

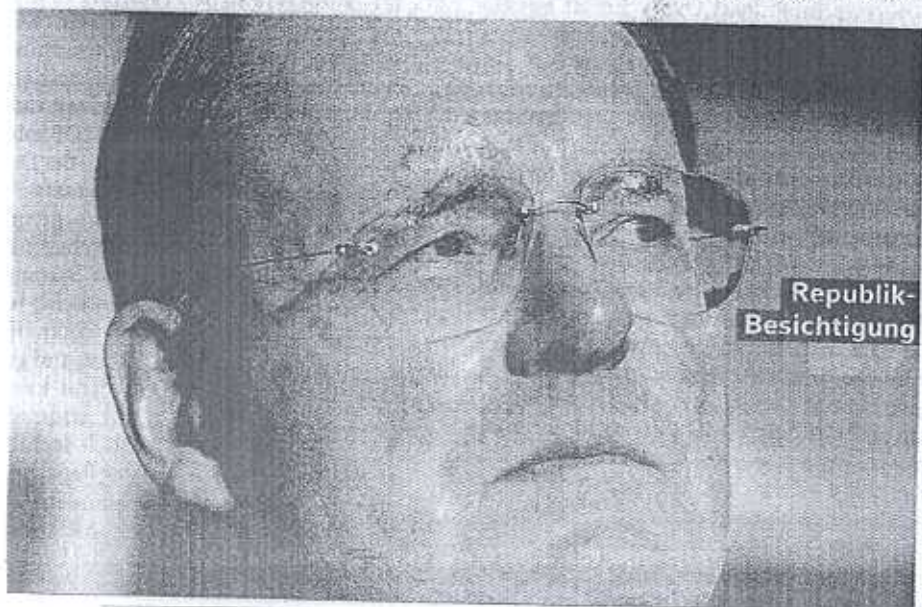
zu machen, das geht alles am Ziel vorbei. Wir haben es versäumt, wie in anderer Ländern auch, eine Politik zu betreiben, die dazu führt, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

— Dann hält Ihnen die Politik entgegen, in Zeiten der Globalisierung gar keine Spielräume mehr zu haben, um wirtschaftspolitisch als Korrektiv wirken zu können.

Das ist Unsinn. In anderen Ländern Europas ist man durchaus in der Lage, Arbeitsplätze zu schaffen. Wir gehören zu den wenigen OECD-Ländern, die in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze ins Ausland und an die Schwarzarbeit verloren haben. Das ist keine Folge der Globalisierung, es ist die Folge mangelnder Reaktion auf die Globalisierung. Wir finanzieren mehr Leute fürs Nichtstun anstatt Arbeitsplätze zu schaffen.

— Sie beklagen unentwegt die Reformträgheit dieses Landes. Nun lässt sich die Einlassung des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Haushaltsmisere durchaus als Impuls verstehen, sich die zweite Stufe der Föderalismusreform vorzunehmen. Stimmt die Richtung?

Mit der ersten Stufe der Föderalismusreform hat die große Koalition erstmals seit langer Zeit in das politische Entscheidungssystem der Bundesrepublik eingegriffen. Die Politik hat einen potenziellen Vorteil Deutschlands, den Föderalismus, wieder entdeckt. Wir fördern jetzt den Wettbewerb



Republik-
Besichtigung

Medium: Frankfurter Rundschau
Datum: 20.10.2006
Rubrik: Politik

zwischen den Bundesländern. Und was ich gelernt habe: Wettbewerbsfähig wird man durch Wettbewerb. Insofern ist die Föderalismusreform ein Schritt in die richtige Richtung, aber ein bescheidener.

— Über den Konvent für Deutschland versuchen Sie mit Roman Herzog Einfluss auf politische Orientierungen zu nehmen. Doch was die CDU noch auf ihrem Leipziger



Parteitag etwa mit der Kopfpauschale in dieser Richtung beschlossen hat, wird in der großen Koalition schnell wieder zerrieben. Ist die Politik beratungsresistent?

Uns geht es vor allem um die Reform der Reformfähigkeit. Wir wollen sicherstellen, dass die Regierungen wieder in der Lage sind, zu reagieren. Gerade der Konvent hat entscheidend dazu beigetragen, dass es die erste Stufe der Föderalismusreform überhaupt gegeben hat. Und das Bundesverfassungsgericht wird mit seiner aktuellen Entscheidung zu Berlin dazu beitragen, die Diskussion um die zweite Stufe, die Reform der Finanzverfassung, zu befördern. Angesichts der Schulden, die wir unseren Kin-

dern hinterlassen, muss die organisierte Verantwortungslosigkeit beendet werden.

— Die große Koalition hat sich großen Erwartungen gegenüber gesehen. Nach einem Jahr gibt es im wesentlichen Ernüchterung. Kann sich die Merkelsche Politik dennoch sehen lassen?

Ja und Nein. Herauskommen ist bei der großen Koalition abgesehen von der Föderalismusreform bislang nichts, was Deutschland wettbewerbsfähiger machen könnte. Wir bekommen die höchste Steuererhöhung aller Zeiten ...

— ...die Sie nicht für richtig halten ...

...natürlich nicht. Die Arbeitsmarktreform ist ausgeblieben und die kann man auch nicht von einer großen Koalition erwarten. Es wäre unfair, das Merkel vorzuwerfen. Denn sie regiert mit einem Koalitionspartner, der sie nicht das machen lässt, was sie versprochen hat. Hinzukommt, dass ihr die Ministerpräsidenten der Union das Leben auch nicht einfacher machen. Einige dieser Machos versuchen nichts sehnlicher, als bald in ihre Position zu gelangen. Die große Koalition sollte sich auf die Reformfähigkeit stürzen, damit künftige Koalitionen in der Lage sein werden, zu reformieren. Unser Nachkriegssystem hat über Jahrzehnte hinweg den großen Vorteil der Stabilität gehabt. Doch inzwischen ist aus dem Vorteil Stabilität der Nachteil Unbeweglichkeit geworden, weil sich alles um uns herum verändert hat. Jetzt braucht das Land eine neue Finanzverfassung, den Wettbewerb unter den Ländern, vor allem aber auch eine Reduzierung der Macht der Parteien.

INTERVIEW

■ Hans-Olaf Henkel lehrt an der Universität Mannheim Internationales Management. Zuvor stand er zwischen 1995 und 2000 als Präsident an der Spitze des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Anschließend war er bis zum vergangenen Jahr Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz. Gemeinsam mit dem früheren Bundespräsidenten Roman Herzog und anderen ehemaligen Politikern arbeitet Henkel im „Konvent für Deutschland“.

■ Unter den Projekten der großen Koalition kann Henkel nichts entdecken, was die Bundesrepublik im Wettstreit der Nationen um Standortvorteile wettbewerbsfähiger gemacht hätte. ING

— Die Ministerpräsidenten der Union haben offensichtlich den Eindruck, die Notbremse ziehen zu müssen, weil sie um das soziale Ansehen ihrer Partei fürchten. Und so nehmen sie sich etwa die Energiekonzerne wegen der Strom- und Gaspreise vor.

Jürgen Rüttgers schnüffelt dem Zeitgeist hinterher. Das hat Herr Kohl auch schon gemacht – mit Herrn Blüm, nur hat das keiner gemerkt. Wieder mal zeigt sich, dass die Gleichheit einen sehr hohen, die Freiheit einen sehr niedrigen Stellenwert in diesem Land besitzt. Inzwischen gibt es zwei sozialdemokratische Volksparteien. Und noch immer glauben viele, wir hätten einen Nachholbedarf an Gleichheit. Den aber haben wir nicht.

Interview: Matthias Arning